



Gemeinsamer Antrag: „Demokratie verteidigen, Weltoffenheit zeigen“

Für die unterzeichnenden Fraktionen stellen wir folgenden gemeinsamen Antrag:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, sich auf der stadteigenen Homepage in geeigneter Form gegen Extremismus, Rassismus, Ausgrenzung, Diskriminierung und Antisemitismus auszusprechen zu einem weltoffenen Miteinander zu bekennen.**
- 2. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, in geeigneter Form an den Ortseingängen der Hauptverkehrsachsen darauf hinzuweisen, dass Schwelm eine weltoffene Stadt ist, die keinen Platz für Extremismus und Rassismus hat.**
- 3. Der Rat der Stadt Schwelm schließt sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages an.**

Begründung:

Mit großer Sorge beobachten wir, dass Extremismus, Rassismus, Ausgrenzung, völkisches Gedankengut und Antisemitismus in Deutschland an vielen Stellen zunehmen. Jede Form von Extremismus, Rassismus und Ausgrenzung steht der Werteordnung unseres Grundgesetzes entgegen und gefährdet unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Die unterzeichnenden Fraktionen stehen aus tiefster Überzeugung hinter der freiheitlich-demokratischen Werteordnung unserer Verfassung. Wir möchten zum Ausdruck bringen, dass die Stadt Schwelm sich gegen jede Form der oben genannten Punkte stellt und für ein freies Deutschland einsteht, in dem sich jede und jeder sicher und gut aufgehoben fühlt. Die im Grundgesetz verbrieften Rechte jedes und jeder Einzelnen sind für uns das Fundament eines gedeihlichen Miteinanders.

Wir halten es gerade angesichts der jüngsten Entwicklungen deshalb für besonders wichtig, wenn sich die Stadt Schwelm in der aktuellen Zeit auf ihrer Homepage öffentlich gegen Extremismus, Rassismus, Ausgrenzung und Antisemitismus, sowie zu einem toleranten und weltoffenen Miteinander bekennt.

Darüber hinaus halten wir es für sinnvoll, in geeigneter Form an den Ortseingängen der Hauptverkehrsachsen darauf hinzuweisen, dass Schwelm eine weltoffene Stadt ist, die keinen Platz für Diskriminierung, Extremismus und Rassismus hat. Eine vergleichbare Beschilderung gibt es bereits in zahlreichen Nachbargemeinden, beispielsweise in Ennepetal, Gevelsberg oder Radevormwald.

Mit Rücksicht auf die aktuelle Haushaltssituation schlagen wir vor, gegebenenfalls die Finanzierung durch die Einwerbung von privaten Spendengeldern zu vervollständigen.

Schwelm hat eine starke Zivilgesellschaft, in der es ein umfangreiches privates Engagement für Toleranz und Vielfalt sowie gegen Extremismus und Ausgrenzung gibt.

Wir sind überzeugt, dass sich für diese maßgebliche Stellungnahme der demokratischen, kommunalen Gemeinschaft der Stadt Schwelm, daher möglicherweise auch eine ausreichende private Unterstützung finden lässt.

Als geeignete Standorte einer solchen Beschilderung kommen aus unserer Sicht beispielsweise die Ortseingänge an der ehemaligen B7 aus den Richtungen Wuppertal und Ennepetal, der Kreisverkehr am Winterberg sowie die Ortseingänge aus Richtung Linderhausen und Strückerberg in Betracht. Ebenso gehört die Barmer Straße aus Richtung Langenfeld zu den wesentlichen Aufstellungsstandorten. Die genauen Standorte und die konkrete Ausgestaltung sollen jedoch der Verwaltung in Abstimmung mit möglichen privaten Geldgebern überlassen bleiben.